

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Presse. 1890-1944 1919

469 (9.10.1919) Mittagausgabe

Badische Presse

Bezugs-Preise: Ausgabe A (ohne Anz. Welschhau) In Karlsruhe: Im Verlage und in den wichtigsten Abbestellm.

General-Anzeiger für Karlsruhe und das badische Land. Redaktion: Telef. Nr. 309 u. 310. Weitau größte Bezahlerzahl von allen in Karlsruhe erscheinenden Zeitungen.

Giechum und Verlan von Ferd. Thiergarten. Chefredakteur: Albert Gerson. Verantwortl. für allem. Politik u. Kultur: W. A. Andler.

Nr. 469. Karlsruhe, Donnerstag den 9. Oktober 1919. 35. Jahrgang.

Friedensbeschlüsse.

Karlsruhe, 9. Okt. Frankreich hat die Ratifikation des Versailler Vertrages beschlossen. Italien hat sie durch königliches Dekret, England, nebst den bedeutendsten seiner Dominionen, ist mit der Bestätigung des Friedens schon vor längerer Zeit vorausgegangen.

Der Zustand des Verwundeten läßt seine Wiederherstellung in etwa 8 Tagen erwarten. WTB, Berlin, 9. Okt. Anlässlich des Attentates auf den Abg. Haase hat der Reichspräsident und der Reichsfinanzminister telegraphisch Frau Haase ihr besonderes Bedauern ausgedrückt.

Stimmungsbild. D. Berlin, 8. Okt. (Privattele.) Eine Kugel verlegte am Mittwoch den friedlich feines Beines zum Parlament gehenden unabhängigen Abgeordneten Haase.

Sitzungsbericht. WTB, Berlin, 8. Okt. Bei der zweiten Beratung des Haushalts Art. Reichsanwalt fuhr der Abg. Stresemann (D. V.) in seinen Ausführungen wie folgt fort: Die unverständliche Annahme des Betriebsrätegesetzes scheint mir nicht so sicher zu sein, wie dem Reichsanwalt außerdem lag kein Grund vor, das kaiserliche Deutschland in seiner sozialen Gefährdung anzusehen.

gerichtliche Untersuchung ist eingeleitet. Ich richte im übrigen an die Presse die Mahnung, unsere Arbeit nicht zu erschweren. General von der Goltz ist ganz korrekt vorgegangen. Es ist gemeingefährlich, wenn die Truppen von ihren Führern in ihrer Widerstandsfähigkeit bestärkt werden.

die Beratung der Reichsfinanzverwaltung. Abg. Waldstein (Dem.): Das Amt des Reichsjustizministers wird von höherer politischer Bedeutung, wenn die Beziehungen der Völker auf das Recht gegründet werden sollen. Ebenso wird in einer demokratischen Regierung die richtige Stellung der Justiz von größter Wichtigkeit sein.

Abg. Cohn (USP.) verlangt Abänderung der Schutzbestimmungen; Anmerkung für politische Vergehen sei auch in der Republik angebracht. Abg. Singheimer (Soz.): Unterjochungshaft und Strafbußzug müssen gründlich reformiert werden. Ebenso nötig sei eine zivile Prozessreform.

die Beratung des Haushalts des Reichsfinanzministeriums. Abg. Wurm berichtet über die Ausschussverhandlungen. Abg. Dr. Wirth (Ztr.) bittet um baldige Neuverteilung des VerordnungsweSENS, damit die Einzelstaaten nicht von einander abweichende Stellen und Tarife für ihre Beamten und staatlichen Arbeiter aufstellen.

Abg. Stolte (Soz.) will die Landesfinanzämter der Unterelbe und Oberelbe anders geregelt wissen. Der Haushalt des Reichsfinanzministers wird angenommen. Hierauf vertagt sich das Haus auf morgen 1 Uhr.

WTB, Berlin, 8. Okt. Eine Interpellation der Abg. Anshab, Dr. Seinke und Genossen fragt angeht die Berufungsbekanntmachung 118 ff über die Weiterhaltung der Familie und den Schutz der Jugend gegen sittliche Verwahrlosung, gefehliche Jenseit der Waisenkinder und Maßnahmen zur Bekämpfung der Schund- und Schundliteratur, ob die Regierung angeht die schweren Missetaten ohne Verzug derzuegreifen gedenkt.

Berliner Pressestimmen. Berlin, 9. Okt. Koste's geistige Rede war, wie der sozialdemokratische "Vorwärts" schreibt eine kräftige Unterbrechung des Wortes von Scheidemann: "Der Feind steht rechts". Sie war um so kräftiger, als sie mit der Erklärung schloß, die Regierung werde es nicht bei Worten bewenden lassen, sondern ihre Taten danach einrichten.

Deutsche Nationalversammlung.

Zum Attentat auf den Abg. Haase. WTB, Berlin, 9. Okt. Die Verletzungen des Abg. Haase scheinen nicht gefährlicher Natur zu sein. Der Täter, der Lederarbeiter Joh. Wob, geb. am 7. Juni 1888 zu Wiener Neustadt, wohnte hier in der Annenstr. 21, wurde im Laufe des Attentats im Polizeirevier in der Mittelstraße beim Namen genommen. Er wurde sofort in die Polizeistation zum Polizeipräsidenten am Alexanderplatz.

WTB, Berlin, 8. Okt. Die ärztliche Untersuchung des Abgeordneten Haase ergab am rechten Bein einen Durchbruch des Knochenmarks sowie einen Stachel im Obersehenkel. Eine Schranne am Unterschenkel ist augenscheinlich durch Sturz verursacht.

zeichnet. Das Blatt sagt: Die unter der neuen republikanischen Freiheit fortwährende Anhebung der rechtsstehenden Presse ist ein schmerzlicher Bruch der Verfassung, die der Reichspräsident feierlich bezeugt hat.

Von der demokratischen Fraktion.

Berlin, 9. Okt. Die demokratische Fraktion der Nationalversammlung hat gestern von Payer wieder zum Vorsitzenden gewählt. Zum zweiten Vorsitzenden wurde Peteresen, zum dritten Hartmann ausersehen.

Vom italienischen Sozialistenkongress.

Bern, 7. Oktober. Auf der zehnten Sitzung des Sozialistenkongresses in Bologna haben die Extremisten dadurch einen harten Schlag erlitten, daß der Parteisekretär Lazzari, der bisher als das Haupt der Radikalen galt, von den Extremisten dadurch abgerückt ist, daß er sich in seinen Ausführungen auf das schärfste gegen die Verherrlichung der reinen Gewalt wandte. Diejenigen, die nur den Aufbruch predigten, schätzten die hohen Ziele des Sozialismus. Anwendung der Gewalt dürfe niemals Selbstzweck sein. Auch die Reformisten hätten Bürgerrechte in der Partei. Wohl hat die parlamentarische Vertretung der Partei versagt; doch bleibt trotz dieser Unterlassungssünde das Programm von 1899 unberührt. In seinen tausendfach bewährten Grundgedanken hat sich heute noch alle Parteiangehörigen angeschlossen. Durch den englischen Deputierten Banthurst wurde im Anschluß an seine Ausführungen eine Rundgebung für Liebknecht und Rosa Luxemburg durchgeführt.

Späteren Meldungen zufolge kam unter den einzelnen Gruppen der Sozialisten eine Einigung in dem Sinne der Ausführungen Lazzaris zustande. Die Bezeichnung der Partei als rein kommunistische wurde fallen gelassen, desgleichen die Forderung auf Ausschluß aller Mitglieder, die sich nicht zum reinen Kommunismus bekennen. Die Gewalttheorie wird modifiziert.

Am Abend kam es gelegentlich einer Volkskundgebung zu Ehren der Kongressisten zu Tumulten, als die Nationalisten eine Gegenkundgebung veranstalteten. Das einschreitende Militär nahm einige Verhaftungen vor, die es jedoch angeht, der Haltung der Menge wieder aufgeben mußte. Es zog sich darauf zurück.

M. Lugano, 5. Okt. Nach einer vierstündigen Schlußsitzung der Sozialistenkonferenz in Bologna wurde mit 48 000 gegen 18 000 Stimmen das maximalistische Programm angenommen. Dieses Programm fordert die gewaltsame Aufrichtung der proletarischen Diktatur mit Arbeiter- und Soldatenräten als Mittel für die Einrichtung der kommunistischen Wirtschaftsordnung.

Aus den Tagen der Friedensunterzeichnung.

Heimkehr deutscher Kriegsgefangenen.

Rotterdam, 8. Okt. Der Dampfer „Porahontas“ ist gestern abend aus New York mit 1243 deutschen Kriegsgefangenen und 326 ausgewiesenen Deutschen in Rotterdam eingetroffen. Die Weiterreise mit der Bahn erfolgt heute.

Hamburg, 8. Okt. Heute kam in Cuxhaven der Dampfer „Mellisa“ mit 857 Kriegsgefangenen aus England an. Amerika und der Friedensvertrag.

Amsterdam, 8. Okt. Laut Pressebureau Radio kam es in einer amerikanischen Senat zu einer scharfen Debatte über den Friedensvertrag. Beim Verlassen des Parlaments erklärte sich die republikanische Partei gegen den Vertrag so wie er ist und ohne Vorbehalt anzunehmen oder ihn zu Fall zu bringen. Damit solle die Schuld, den Friedensvertrag bereitet zu haben, die Republikaner treffen. Von einem Kompromiß könne keine Rede sein. Senator Johnson fekte seine Rundreise, auf der er gegen den Friedensvertrag redet, fort. Senator Mac Cormick richtete an das Staatsdepartement die Anfrage, ob Amerika gegen den englisch-schwedischen Vertrag bei England Vorstellungen erheben habe.

Eine deutsche Note über die Volksabstimmung in Eupen und Malmedy.

Berlin, 8. Okt. Der deutsche Vertreter überreichte in Versailles eine Note, worin über die Bestimmungen des Friedensvertrages hinsichtlich der Volksbefragung in den Kreisen Eupen und Malmedy vollkommene Klarheit verlangt wird, die umso notwendiger sei, als die Bevölkerung die Ungewissheit über die Einzelheiten des Abstimmungsverfahrens drückend empfinde und als die belgischen Behörden mehr und mehr für die freie Stimmabgabe keine Garantie bietende Haltung einnehme. Die deutsche Regierung schlägt vor, daß das Stimmrecht allen Personen beiderlei Geschlechts gewährt werde, die beim Inkrafttreten des Friedensvertrags das 20. Jahr vollendet haben und im Gebiet geboren sind oder dort seit dem 1. November 1918 ihren Wohnsitz haben. Ferner wird deutschseits vorgeschlagen, daß die Abstimmung in den einzelnen Gemeinden oder in den Bürgermeistereien stattfindet, da nur eine gemeindeweise Abstimmung die nötigen klaren Unterlagen für eine Entscheidung biete.

Die deutsche Regierung bemängelt ferner die besondere Unklarheit, die über die bei der Abstimmung vorzuliegenden Fragen herrscht. Sie schlägt vor, daß die diesen Abstimmungen zugrunde liegenden Fragen einfach lauten sollen: „Vereinigung mit Deutschland oder mit Belgien“, welche Fassung im Interesse der Freiheit der Abstimmung unumgänglich notwendig sei, da wenn die Bewohner darüber abstimmen hätten, ob sie deutsch bleiben wollen.

„Kameraden“.

Der Roman einer Frauenärztin.

Von Eva Schröter-Holt.

Copyright 1919 by Grellstein & Co., G. m. b. H., Leipzig.

(2. Fortsetzung.)

„Ja, ich faßte ein unendliches Vertrauen zu Hecht, als ich nach Heidelberg kam“, sagte Lore Hersfeld weiter zu Heinz Fehner. „Seine ziemlich unscheinbare Gestalt, sein kluges, eigentlich häßliches Gesicht, hatten für mich mehr Anziehungskraft als all die anderen stattlichen Jünglinge — ich kam zu ihm mit meinen tausend Fragen, mit denen ich Onkel Wildenfels nicht immer beschäftigen wollte, und er war von rührender Langmut. Beweise seiner Treue hat er mir ja so viele geliefert, und ich freute mich, ihn in Berlin in der Nähe zu haben — er wird mir helfen, daß ich mein Heidelberg und die Sigambria nicht zu sehr vermissen.“

„Ach, Teufelchen“, sagte Fehner, sich erhebend, „was heißt hier Heimat und unsere Farben! Die Hauptsache stellen Sie in den Hintergrund: Ihren neuen Wirkungskreis — wie wird sich Ihr Verhältnis zu Ihrem Chef gestalten?“

„Da habe ich nur den einen Wunsch, Heinz, daß er mir Onkel Wildenfels ein wenig ersetzen möge.“

„Ja, den Wunsch teile ich mit Ihnen.“ Er wandte sich um und ließ den Blick durch das Zimmer gleiten.

„Was wird nun mit Ihren Möbeln, Lore?“

„Um — auch darüber habe ich schon bestimmt — sie kommen alle auf den Speicher.“

„Der da auch?“ fragte Fehner entsetzt und zeigte auf das Instrument.

Lore umfaßte den herrlichen, schwarzen Flügel mit einem

jeder zur Abstimmung Erscheinende von den belgischen Behörden nachteilig behandelt werden könnte. Es wird deutschseits die Einsetzung einer vom Völkerverband zu ernennenden Kommission vorgeschlagen, der weder Deutsche noch Belgier angehören, sowie der geheime Charakter der Abstimmung gesichert. Es wird in der Note darauf hingewiesen, daß durch das Verhalten der Belgier die irrtümliche Ansicht geäußert wurde, daß wer für Deutschland stimme, auch für Deutschland optiere. Auch werde von belgischer Seite behauptet, die Abstimmung werde öffentlich sein. Die deutsche Regierung sehe das beste Mittel gegen diese Treibereien darin, daß über die noch zweifelhaften Fragen der Abstimmung Klarheit geschaffen werde und erfährt die alliierten und assoziierten Mächte um eine baldige Erklärung über diese Punkte.

Aus den besetzten deutschen Gebieten.

Ein unglaublicher Willkürakt belgischer Besatzungstruppen in Aachen. Berlin, 8. Okt. Wie der „Vorwärts“ meldet, überfielen in Aachen belgische Besatzungstruppen die Büros einzelner gewerkschaftlicher Verbände und verhafteten die Angestellten. Hierauf wurde in vandalischer Weise eine Hausdurchsuchung vorgenommen, bei der aus fast allen Büros die Kassenbestände verschwanden. Angeblich handelte es sich bei der Hausdurchsuchung um die Suche nach bolschewistischen Schriften.

Das Saargebiet in Belagerungszustand. Saarbrücken, 8. Okt. Die französische Militärbehörde teilt mit: Am Montag begann ein Zustand in Bülflingen, anscheinend hervorgerufen durch die Lebensmittelknappung. Gestern morgen hat sich der Streik auf die Eisenbahnen und verschiedene Werke von Saarbrücken und Umgegend ausgedehnt. Eine große Kundgebung von Streikenden hat in Saarbrücken stattgefunden. Einige Anführer, die verhaftet worden sind, wurden wieder freigelassen. Weiter ist es auch im Laufe des heutigen Tages mehrfach zu Ausschreitungen und Plünderungen von Läden und Geschäften gekommen, an denen jedoch den Ausständigen nicht die Schuld beigemessen werden darf.

Die „Saarbrücker Zeitung“ gibt als erste Ursache des Streikes die Verhaftung zweier Vertrauensleute der Hauptwerkstätte Saarbrücken-Burbach an.

Saarbrücken, 8. Okt. General Andauer erläßt durch Maueranschlag folgende Proklamation: „Seit 4 Uhr nachmittags finden Unruhen in den Straßen Saarbrückens statt. Verschiedene Läden sind geplündert worden. Die Angestellten der Bahn streiken. Einige Metallarbeiter haben sich den Streikenden angeschlossen. Nach eingegangenen Nachrichten soll morgen das ganze Saargebiet streiken.“

Zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung verhängt der General als oberster Vertreter des Saargebietes zunächst den Belagerungszustand über das Saargebiet. Niemand darf sich nach 9 Uhr abends auf der Straße aufhalten, es sei denn, daß er nachweislich Dienst verrichtet. Das Zusammenstehen und das Abhalten von Versammlungen wird nicht geduldet. Weitere Maßnahmen werden in Kürze getroffen werden.

Aberufen französische Generale.

Paris, 9. Okt. Die Zeitungen melden, daß General Mangin von seinem Kommando in Mainz abberufen ist und daß er zur Verfügung des Kriegsministers gestellt wurde.

Berlins, 9. Okt. General Fajolle, der im besetzten Rheingebiet einer Armee befehligt, ist abberufen worden. Wie der „Temps“ meldet wird er jedenfalls an die Spitze der interalliierten militärischen Kommission gestellt werden, die die Enttarnung Deutschlands zu überwachen hat.

Rußland.

Schwere Unruhen in Moskau.

Kopenhagen, 8. Okt. „Berlinski Tidende“ meldet aus Helsinki: Aus Riga laufen andauernd Meldungen ein über schwere Unruhen in Moskau. Es heißt, daß Lenin befohlen habe, Trotski zu verhaften, das Ergebnis sei aber gemieden, daß es Trotski gelungen sei, die Oberhand zu gewinnen, wobei er Lenin verhaften ließ.

Ein französischer General bei Denkin. Paris, 8. Okt. Nach dem „Echo de Paris“ hat sich General Mangin, der Bruder des Oberkommandierenden von Mainz, in besonderer Mission zu General Denikin begeben.

Eine neue Offensive Kollschats.

Amsterdam, 8. Okt. Laut „Pressbüro Radio“ meldet „Nieuwspers“ aus Omsk, daß Kollschat eine neue Offensive begonnen habe und 15 000 Gefangene gemacht habe.

Oesterreich.

Der Kohlenmangel in Wien.

Wien, 8. Okt. Heute wird eine Anordnung erscheinen, nach der neue Sparmaßnahmen im Kohlenverbrauch am 12. Oktober 1919 in Kraft treten, u. a. wird der Strohhebenbetrieb um 1/2 Uhr abends eingestellt. Gasthäuser und Kaffees dürfen nur Kochplattenlampen verwenden. Die Spielzeit für Theater wird auf drei Stunden beschränkt. Der Gasverbrauch in den Haushaltungen ist eingeschränkt.

langen Blick. „Nein, den nimmt Frau Lehmann, meine Pensionsmutter so lange und stellt ihn in die gute Stube.“

„So lange?“ fragte Heinz. „Was heißt so lange?“

„Na, bis ich wieder herkomme, um mich als Frauen- und Kinderärztin hier niederzulassen. Ich habe die Absicht, die Wildenfels-Stiftung hier zu gründen. Sie wissen doch, das Seim für Wächterinnen und Säuglinge, der begeisterte Plan meines Onkels der letzten Jahre, den auszuführen ihm nicht mehr vergönnt war.“

„Gott sei Dank, grünt ein Hoffnungsschimmer. Sie in nicht allzu ferner Zeit als Bürgerin von Heidelberg begrüßen zu können.“ Er griff nach der Mütze. „Ich gehe zur Kneipe, Lore, kommen Sie mit?“

„Nein, mein Junge, ich habe noch unendlich viel zu erledigen.“

„Wann wollen Sie reisen?“

„Am Dienstag. Donnerstag ist der erste März. Mittwoch will ich mich noch Hecht und seiner Frau widmen.“

Fehner nickte. „So werde ich heute den anderen die Hiobsbotschaft bringen.“

Lore hatte ihn hinterwärts an den Schultern gepackt und zur Tür geschoben: „Bitte dringend, keine neuen Sentimentalitätsausbrüche“, sagte sie.

„Ich gehe schon — Teufel — Wiedersehen!“

Wenige Tage später hatte Lore die Bitte ihres jungen Freundes erfüllt und war mit ihm hinausgewandert, um zum letzten Male die trauten Nähe aufzusuchen, an die sie so viele liebe Erinnerungen knüpfte.

Der Winter hatte noch einmal seine eisbefruchtete Wüstentlarie ins Redarthal gesandt, hatte Täler und Wälder mit einer leichten Schneedecke überzogen; ein frischer Wind wehte vom

Don Balkan.

Das neue jugoslawische Kabinett. Bern, 8. Okt. Das neue jugoslawische Kabinett ist gebildet. Nach einer Depesche aus Belgrad ist Ministerpräsident Trinowitsch, Trumbietich wird Minister des Innern und erster Delegierter bei der Friedenskonferenz. Er reist demnächst nach Paris ab.

Norwegen.

Einführung des Alkoholverbotes in Norwegen.

Kopenhagen, 8. Oktober. Die hiesigen Blätter melden aus Christiania, daß die Volksabstimmung eine bedeutende Mehrheit für die Einführung des Alkoholverbotes in Norwegen ergeben habe. Bis 1 Uhr nachts waren gezählt 424 000 Stimmen für das Verbot und 287 000 Stimmen dagegen. Die Zahl der Stimmberechtigten beträgt eine Million. Die Abstimmung dürfte mit einer größeren Mehrheit, man rechnet mit 150 000 Stimmen, für das Verbot abschließen.

Die Gehehnisse im Reich.

Zur thüringischen Frage.

Altenburg, 8. Okt. Wie dem „Berl. Lok. Anz.“ von hier berichtet wird, mußten in der gestern zusammengetretenen Landesversammlung die Sozialisten trotz ihrer absoluten Mehrheit der Anschlußberatung über eine von ihnen befürwortete Vorlage, die den Zusammenschluß von sechs thüringischen Staaten, außer Korb und Meiningen, erstrebt, zustimmen, weil die Volksstimmung deutlich für einen Anschluß Thüringens an Preußen und gegen die Schaffung eines thüringischen Kleinstates ist. Die Landesbeamten fordern in einer Eingabe an die Landesversammlung Ablehnung der Vorlage oder Volksabstimmung.

Vermischtes.

Vom deutschen Verein für öffentliche Gesundheitspflege.

Karlsruhe, 3. Okt. Der Vereinsvorstand hat nunmehr alle Vorbereitungen zu der am 27. und 28. Oktober in Weimar stattfindenden Jahresversammlung, für die ein ungewöhnlich hohes Interesse in allen in Betracht kommenden Kreisen bezeugt wird, getroffen. Am 27. Oktober werden zwei Gegenstände behandelt: 1. Sozialisierung des Gesundheitswesens; Berichterstatter: Dr. A. Fischer, Arzt in Karlsruhe und 2. Hebung der Volkshygiene durch Ernährung und Körperpflege; Berichterstatter: Geh. Ober-Medizinalrat Prof. Dr. Abel, Direktor des Hygienischen Instituts in Jena und Professor Dr. Selter, Direktor des Hygienischen Instituts in Königsberg. Am 28. Oktober folgt die Beratung der Frage: Wie weit kann das Wohnungswesen vorgeleitet werden? Berichterstatter: Regierungsrat Dr. Kampffmeyer, Landeswohnungsinспекtor in Karlsruhe. — Zur Vorbereitung für jeden der drei Verhandlungsgenstände wurde je ein Sonderausfluß gebildet. Die Mitglieder der Sonderausflüsse haben zuerst im schriftlichen Verkehr und dann in mündlicher Aussprache ihre Gedanken ausgetauscht, und in jedem der drei Ausschüsse gelangte man, trotz der sonstigen Verschiedenheit der Anschauungsmittel, zu gleichartigen Entschlüsse, die der Hauptversammlung als Anträge der Ausschüsse vorgelegt und von den Berichterstattern namens der Ausschüsse begründet werden sollen. — Erwähnt sei noch, daß am 26. Oktober die Bildung des Hauptausflusses für öffentliche Gesundheitspflege, für den sich bereits der Name „Deutsches Gesundheitsparlament“ eingebürgert hat, stattfindet.

Die Fahrt des Luftschiffes „Bodensee“ nach Stockholm.

Berlin, 8. Okt. Das heute 3.30 Uhr in Staken bei Berlin aufgestiegene Luftschiff „Bodensee“ landete um 1 Uhr glatt in Stockholm und wechelte die Passagiere, trat um 2 Uhr die Rückfahrt an und wird um 10 Uhr abends in Staken wieder entlassen. Die Fahrt nach Stockholm wurde auf Anregung der Svenska Luft Trafik Aktiebolaget zu Stockholm und mit Unterstützung der schwedischen Regierung unternommen.

Flucht des Kommunistenführers Hirsch.

Breslau, 8. Okt. Der Breslauer Kommunistenführer Hirsch ist nachts aus der Festung Glas entwichen, nachdem er ein Herzogtüter durchzogen und sich an Bekannten herabgelassen hatte. Hirsch scheint in einem bereitgestellten Automobil entkommen zu sein.

Auszug aus den Ständebüchern Karlsrue.

Todesfälle: 5. Okt. Julie Kihler, ledig, Kellnerin, alt 28 Jahre. 7. Okt. Ernst, alt 2 Jahre. Vater Friedrich Gahleitel, Schneider; Karoline Maria, alt 61 Jahre. Ehemann des Stadtrichters Franz Wiers. 8. Okt. Karl, alt 4 Jahre. Vater Jakob Leorum, Fabrikant; Wilhelmine Kahlert, alt 77 Jahre. Witwe des Modellschneiders Adolphe; Madalene Kette, alt 25 Jahre. Witwe des Schneiders Carl Keller. Geburtsjahrezeit und Trauerhaus erwachsener Verheirateter. Donnerstag, 9. Okt., 12 Uhr: Johanna Leich, Dienstmädchen-Witwe, 49 Jahre. 14 Uhr: Julie Lechner, Oberlehrer-Gattin, Karlsruhe 120.

Wasserstand des Rheins.

Schutterjuel, 9. Okt., morgens 6 Uhr: 1,14 m. Rehl, 9. Okt., morgens 6 Uhr: 2,10 m. Wagan, 9. Okt., morgens 6 Uhr: 3,63 m. Mannheim, 9. Okt., mora 6 Uhr: 2,50 m (8. Okt. 2,55 m).

Odenwalde her und ließ immer noch mehr dunkle Schneewolken sich am Himmel aufhäufen.

Lore hatte ihren breiten Stunstragen fester um die Schultern gezogen; ihr Gesicht war gerötet und die lebhaften Augen blühten fröhlich in die Weite. Sie drückte die Hände fester in dem Muff zusammen und wandte sich jetzt lachend an ihren Begleiter:

„Heinzemann, wenn Sie jetzt heimkommen, können Sie eher Schlitten fahren als auf Ihrem wilden Rappen durch die Felder streifen.“

„Glaub's auch beinahe“, entgegnete er, „und ich hoffe noch sich schon auf den Frühling.“

„Und drückt der Winter noch sehr mit trostigen Gebärden, und wirft er Eis und Schnee umher, es muß doch Frühling werden“, deklamierte Lore und fügte dann lachend hinzu: „Im Grunde genommen ist's mir ziemlich wurscht, was für Wetter kommt, ob der liebliche Frühling noch auf sich warten läßt — in der Steinwüste, Berlin genannt, merkt man ja doch nichts von ihm.“

„Sie hätten diesen einen Monat noch Ferien nehmen und erst zum April hingehen sollen, Lore. Sie wissen, meine Mutter hätte sich gefreut, wenn Sie noch einmal nach Sodau gekommen wären.“

„Heinzemann, ich habe nun schon zwei Monate mit Nichtstun verbracht, es ist wirklich Zeit, daß ich meine Tätigkeit wieder aufnehmen. — Wenn Sie heimkommen, grüßen Sie Ihre liebe Mutter von ganzem Herzen, und sagen Sie ihr, die Stunden, die ich im letzten Sommer in Sodau verleben durfte, werden ewig in meiner Erinnerung stehen. Sie haben mir geholfen, — das vergesse ich Ihnen nie!“

(Fortsetzung folgt.)

Der Stand der Kartoffelversorgung in Baden.

Karlsruhe, 9. Okt. Im Ministerium des Innern fand gestern nachmittag unter dem Vorsitz des Ministers des Innern eine Besprechung über den Stand der Kartoffelversorgung statt. Zu der Besprechung hatten sich Vertreter der Badischen Kartoffelversorgung, mehrere Amtsvorstände, Vertreter größerer Städte und Vertreter der Presse eingefunden. In einem die Versammlung einleitenden Vortrag gab Direktor Schmidt-Mannheim ein Bild über den Stand der augenblicklichen Kartoffelversorgung. Während im Bodenseegebiet die Kartoffelablieferung bereits begonnen hat, ist man damit in anderen Landesgegenden noch im Rückstand. Schwierigkeiten macht augenblicklich die Bagengreifung, man hofft aber hierin in den nächsten Tagen eine Besserung. Was den Ausfall der Kartoffelernte anbetrifft, so darf diese als eine gute Durchschnittsernte angesehen werden. Einige Bezirke sind wohl weniger gut, aber nirgends ist die Ernte schlecht ausgefallen. Nicht zufrieden sind die Landwirte mit dem Höchstpreis von 7,50 Mt. und halten deshalb vielfach in den Ablieferungen zurück. Die geringe Anlieferung von Kartoffeln ist aber auch auf Witterungsverhältnisse zurückzuführen. Da Baden Bedarfsland ist, ist es auf den Kartoffelbezug aus anderen Staaten angewiesen. Aus Holland werden wir die in Aussicht gestellten 120 000 Ztr. Kartoffeln in der nächsten Zeit bekommen; mit der Lieferung ist begonnen. Aus Hessen sind uns 50 000 Ztr. zugewiesen, es werden aber wohl nur 40 000 Ztr. abgeliefert werden können. Bayern hat erklärt, daß es Baden keine Kartoffeln liefern kann. Ob Verhandlungen mit der Reichsstoffstelle dahin führen, daß wir aus anderen Ländern die fehlenden Kartoffeln bekommen können, ist sehr fraglich. Die außerbadischen Kartoffeln werden etwas teurer zu stehen kommen, da (z. B. in Hessen) für Ueberwachung durch Gendarmen Ausführungsgebühren erhoben werden.

In der sich an diese Ausführungen anschließenden Aussprache

nahm zuerst der Amtsvorstand von Emmendingen das Wort. Er stellte fest, daß die Landwirte mit dem Höchstpreis von 7,50 Mt. nicht zufrieden sind. Die nachfolgenden Redner betonten das gleiche; die Landwirte erwarten eine höhere Preisgestaltung. Wenn man die Preise nicht auf 9 Mt. pro Zentner erhöhe, so betonte z. B. der Amtsvorstand aus dem Seckreis, so ist es nicht möglich, dem Schleichhandel in wirksamer Weise entgegenzutreten. Da die badische schweizerische Grenze jetzt in der Schweiz liegt, so ist es nicht möglich, den Schleichhandel zu verhindern. Die Schweizer legen allerdings großen Wert auf die badischen Kartoffeln und die Landwirte erhalten als Gegenwert Dinge, die den dreis- und vierfachen Wert des in Baden bezahlten Kartoffelpreises darstellen.

Der Amtsvorstand von Sinsheim teilte mit, daß im vorigen Jahre sein Bezirk 800 bis 400 000 Zentner Kartoffeln ausgeführt habe. Durch das Bezugscheinverfahren seien aber ganz außerordentlich Schwierigkeiten entstanden. Höhere Bezugspreise käufte man sich für ihre Angehörigen und Arbeiter auf und bösen ganz außerordentlich hohe Preise, bis zu 15 Mt. den Zentner. Vor 14 Tagen hätten die Landwirte noch nicht an einen höheren Preis gedacht. Nachdem aber die Strohpreise auf das Land hinausgegangen seien und die Preise in die Höhe getrieben hätten, wollten sie sich mit dem Preis von 7,50 Mt. pro Zentner nicht mehr begnügen. Die Eisenbahnverwaltung habe selbst 8 Mt. für den Zentner geboten und somit den Höchstpreis überfüllt.

Minister Kemmel wandte sich gegen eine Erhöhung der Höchstpreise. Augenscheinlich würden in zahlreichen Beratungen Vorwürfe gegen die Regierung erhoben, daß sie nichts tue, um die Preissteigerungen zu unterdrücken und den Schleichhandel zu bekämpfen. Jeden Tag werde von dieser oder jener Beamten- oder Arbeiterkategorie ein Ultimatum an die Regierung gestellt. Dabei sei es aber die Bevölkerung selbst, welche die Preise in die Höhe treibe. Die Eisenbahnhauptverwaltung gehe in der Preisüberhöhung allen Faktoren voran und das Finanzministerium wolle den Ausfall zwischen den Höchstpreisen und den bezahlten hohen Preisen. Das sei ein unhaltbarer Zustand. In der nächsten Kammerentscheidung werde er diese Dinge zum Vortrag bringen. Wenn wir den Preis auf 9 Mt. erhöhen so werden die Verhältnisse nicht besser werden.

Auch Ministerialrat Köhnenbach versprach sich keine Besserung von einer weiteren Preissteigerung.

Nahrungsmitteldirektor Hoffmann-Karlsruhe legte die Form der Handhabung des Bezugscheinverfahrens beim Kommunalverband Karlsruhe-Stadt vor. Eine Doppelversorgung durch die Fabriken sei bei der Stadt Karlsruhe ausgeschlossen. Die Kartoffelversorgung der Städte habe im vorigen Jahre bankrott gemacht, da die Städte von der Kartoffelversorgung nicht in genügendem Maße versorgt worden seien. Deshalb habe die Bevölkerung heute kein Vertrauen mehr zu der Kartoffelversorgung durch die Städte. Das Bezugscheinverfahren sei eine unbedingte Notwendigkeit, denn die Stadt Karlsruhe sei außerstande, die ganze Bevölkerung mit Kartoffeln zu versorgen. Zahlreiche Bezirke hätten bedauerlicherweise gesperrt und alle diejenigen Leute, die von dort ihre Kartoffeln beziehen wollten, hätten jetzt zur Stadt Karlsruhe zurück. Wenn das so weiter gehe, müsse die Stadt Karlsruhe nahezu 900 Eisenbahnwagenladungen Kartoffeln bekommen. Das sei ja eine Unmöglichkeit. In der Zwischenzeit trete der Frost ein. Man müge das Bezugscheinverfahren bis 15. November verlängern. Bei den hohen Fuhrkosten läme der Kartoffelpreis in der Stadt Karlsruhe auf 12 Mt. für den Ztr. In Freiburg würde er sogar 14 Mt. betragen, und in Mannheim ebenfalls 12 Mt., dort würden die Kartoffeln zu diesem Preis aber nur vor das Haus geliefert. Das Bedringen in den Keller müsse besonders beachtet werden.

Im folgenden sprach sich ein Vertreter der Stadt Pforzheim gegen das Bezugscheinverfahren aus. Ganz erstrebenswert wände er sich gegen Erhöhung des Preises. Im weiteren Verlauf der Sitzung berietete sich noch Geh. Rat Lange über das Bezugscheinverfahren. Von anderen Rednern wurde eine Erhöhung des Preises für umgänglich notwendig gehalten. Angeregt wurde die Gewährung einer Schnellkreditprämie. Am Schluß der Sitzung erklärte Minister Kemmel, er werde bei der nächsten Kabinettsitzung den Versuch unternehmen, eine Schnellkreditprämie auf Staatskosten durchzuführen. Dabei dürfe man aber nicht vergessen, daß die Staatskasse fortgesetzt immer belastet werde, erst jetzt seien die Beamten und Eisenbahner wieder mit neuen Forderungen an die Regierung getreten, die einen Aufwands von 80 Mill. ausmachen. Der Landtag werde ja darüber entscheiden.

Badische Chronik.

Kirchheim (b. Heidelberg), 9. Okt. Ueber 100 Personen sind hier an Ruhr und Typhus erkrankt. Etwa 10 Todesfälle sind festzustellen.
Werkheim, 8. Oktober. Am Sonntag wurde die Gemeinde Grünwörth von einem Großfeuer heimgesucht. Fünf Scheunen (darunter eine Doppel Scheune) und ein Wohnhaus wurden ein Raub der Flammen. Das Wohnhaus war Eigentum des Landwirts H. Richter, die Scheunen gehörten den Landwirten Kirchner, D. Koch, G. Scheurich und dessen Bruder. Der Schaden ist sehr erheblich.
Gundheim (am Wertheim), 8. Okt. Bei starker Wahlbeteiligung wurde Gemeinderat Johann Sauter mit 244 Stimmen zum Bürgermeister gewählt. Der bisherige Bürgermeister Dippler erhielt nur 72 Stimmen.
Konstanz, 8. Okt. Hier wurde ein Ehepaar verhaftet, als bei zwei Bankinsulten den Versuch machte 30 neue Fünftägemarken umzuwechseln. Die Scheine waren falsch.
Donauweisking, 7. Okt. Auf dem hiesigen Bahnhof wurde gestern abend der diensttuende Eisenbahnsekretär Karl Griebel-

ber von dem einfallenden Konstanzer Personenzug erfasst und größtenteils verbrannt. Der Tod trat sofort ein. Der allgemein geachtete Beamte gehörte aus dem Gemeinderat an und hinterläßt eine Witwe mit einem Kinde.

Besprechung über die Teuerungszulage im interfrakt. Ausschuß.

Karlsruhe, 9. Okt. Der aus Mitgliedern der einzelnen Fraktionen des bad. Landtags gebildete interfraktionelle Ausschuß hatte am Dienstag nachmittag mit den Vertretern des bad. Bauarbeiterbundes des Verbandes des deutschen Verkehrspersonals, Gau Baden, und des Bad. Eisenbahnerverbandes eine längere Besprechung über die von diesen Organisationen geforderte neue Beschäftigungszulage. Von den Beamten- und Arbeitervertretern wurde auf die zunehmende Teuerung und die Notlage der Arbeiter und Staatsarbeiter hingewiesen und betont, daß eine alsbaldige neue Zulassung notwendig sei. Der Landtag müsse früher als vorgesehen zusammentreten und zu den Forderungen Stellung nehmen. Der Ausschuß wurde jedoch, daß nach in diesem Monat die Hälfte der Beschäftigungszulage zur Auszahlung komme. In der Aussprache beteiligten sich die Abg. Helfrich (Str.), Berger (Soz.), Dr. Lejer (Dem.) und Maier-Weidberg (Soz.). Von ihrer Seite wurde erklärt, daß sie nicht in der Lage waren, bindende Erklärungen über die Beschäftigungszulage zu geben, sondern ihre Aussprache mit den Beamten- und Arbeitervertretern lediglich informativ Natur sei. Man kam zu dem Resultat, eine Kommission aus den obenbenannten drei Organisationen zu bilden, die in Verbindung mit dem interfrakt. Ausschuß mit der Regierung unterhandeln soll.

Aus der Landeshauptstadt.

Karlsruhe, den 9. Oktober.

Ausgabe von neuen Postwertzeichen.
Die neuen Postwertzeichen sind in Arbeit bei der Reichsdruckerei und werden voraussichtlich im Laufe des Monats Oktober ausgegeben. Neu hergestellt werden Briefmarken zu 75 Pfennig, zu 1 Mark 25 Pfennig, zu 1 Mark 50 Pfennig und zu 2 Mark 50 Pfennig, Kattenbriefe zu 20 Pfennig, inländische Postkarten zu 10 und 15 Pfennig, Postanweisungen zu 20 und 40 Pfennig, Hochpostbriefumschläge zu 60 Pfennig und endlich Hochpostkarten zu 50 Pfennig. Von den drei verschiedenen Postarten werden auch Doppelposten für die Anwerbe herausgegeben. Die Freimarken und Postkarten zu 15 Pfennig erhalten einen anderen Farbton als bisher. Der überall durchgeführte Vereinfachung im Postbetriebe entspricht es, wenn künftig möglichst wenig Postwertzeichen gedruckt werden. Abgesehen von den ganz entbehrlich werdenden Briefmarken zu 2 1/2, 3 und 7 1/2 Pfennig, die von Karten und Doppelposten zu 7 1/2 Pfennig werden auch die Briefmarken zu 35 und zu 60 Pfennig nicht weiter hergestellt und vertreiben. Beide Werte sind erst in den letzten Schriften eingeführt worden, die eine für eingetriebene Briefe, die andere für Nachnahmepost. Die Briefe von Wertzeichen wie Ganzblenden werden natürlich aufgebraucht und nötigenfalls durch Nachblenden von Freimarken ergänzt. Die Postanfragen sind angewiesen, daß die entbehrlich werdenden Marken nach Möglichkeit verbraucht sind, wenn die neuen Werte erscheinen.

Bei der gestrigen Stadtratswahl, die vor Beginn der Bürgerauswahl vorgenommen wurde, waren an Stelle des verstorbenen Stadtrats Fening und des zum 1. Bürgermeister gewählten Stadtrats Sauer die Mitglieder der sozialdemokratischen Bürgerauswahlfraktion, Stadtverordneter Schwertel und Frau Fischer gewählt. Vor Eintritt in die Tagesordnung der Bürgerauswahl sprach der neue 1. Bürgermeister Sauer für das ihm durch seine Wahl vom Kollegium bekundete Vertrauen. Er führte weiter aus, dieses Vertrauen ehere auch die gesamte hiesige Arbeiterschaft. Zur Presse habe er bis jetzt immer gute Beziehungen unterhalten, er hoffe, daß das auch weiterhin der Fall sein werde und eine entsprechende Zusammenarbeit zwischen Bürgermeisteramt und Presse stattfinden.

Zur Beerdigung des Altstadtrats und Gastwirts Jakob Müllers fand sich Mittwoch mittag in der Friedhofkapelle eine außerordentlich große Trauergemeinde aus allen Schichten der Bevölkerung ein. Nach Orgelspiel hielt Dekan Rapp eine ergreifende Trauerrede, in der er gleichzeitig ein lebenswaches Bild des Verstorbenen aus Mensch, Charakter und Gemeinbeitender entwarf. Dabei hob er als besonders schönen Charakterzug des Verstorbenen hervor, daß der Entschlafene in seinem jugendlichen Alter auf die Kunde von dem Ableben seines Vaters das ihm so lieb gewordene juristische Studium aufgab, u. das elterliche Geschäft und damit die Sorge für die Familie zu übernehmen. Alsdann wurden an der Bahre zahlreiche Kränze mit Ansprachen niedergelegt, die alle anzuführen der Raum jezt sei sei nur ermüdet, daß die akademische Turnerschaft Alena Caiatia in Heidelberg ihrem Mitbr. und alten Herrn ehrende Worte an dem Namen der rati. Partei sprach deren letzter Parteichef Geh. Hofrat Reimann, der aus Freiburg hierher gekommen war, dem Verstorbenen Dank und Anerkennung für seine treue aufopferungsvolle und selbstlose Parteilichkeit aus, die den späteren Geschlechtern stets vorbildlich sein wird. Er legte einen Kranz mit Schleifen in den alten Reichscharben an der Bahre nieder. Weiter folgten u. a. der Schulinspektor, dessen Oberstufenlehrer der Verstorbenen einige Jahre war, der Gastwirtverein. Mit einem Orgelspiel fand die ergreifende Trauerfeier ihr Ende.

Unterhaltungsabend mit Lichtbildern. Wir weisen auf den heute Donnerstag abend im Eintrachtsaal stattfindenden Unterhaltungsabend mit dem Vortrag über das Thema „Meine Reise um die Erde mit der Dampfjacht „Margarethe“ mit Lichtbildern von Herrn Bergwerks-Generaldirektor G. Hoffmeister nachmals hin.

Vortrag Bruno Schönfeld. Es sei auf den heute Donnerstag abend im großen Rathhauseaal stattfindenden Vortrag von Herrn Bruno Schönfeld „Seelischkeit“ (Stagertal 31. Mai 1918) nachmals hingewiesen.

Im Kasse Deon findet heute, Donnerstag abend, ein großes Concer-Stoncert statt. (Siehe Interat.)

Sitzung des Karlsruher Bürgerausschusses.

Karlsruhe, 9. Okt. Der Bürgerausschuß trat gestern nachmittag 5 Uhr zu einer Sitzung zusammen, die von dem 1. Bürgermeister Sauer geleitet wurde. Anwesend waren 87 Mitglieder. Von der Fraktion der Unabhängigen Sozialdemokratie lagen zwei kurze Anfragen vor, dahingehend, ob die Stadt Lebensmittel für den kommenden Winter eingekauft habe und ferner, welche Gründe für die ungenügende Kartoffelversorgung maßgebend seien. Diese Anfragen sollen am Schluß der Sitzung beantwortet werden.

Errichtung eines städtischen Sägewerkes.

Die Vorlage des Stadtrats, auf dem Plage beim Elektrizitätswerk ein Säge- und Hobelwerk zu errichten, hatte infolgedessen eine Änderung erfahren, als die hierfür nötigen Kosten von 30 800 M auf 41 000 M erhöht wurden. In der Aussprache über diesen Gegenstand begrüßte Stadtr. Stoll (Spd.) die Vorlage, die ein Schritt vorwärts auf dem Wege der Sozialisierung bedeute. Dem kleinen Handwerker sollte man Gelegenheit geben, um sein Holz billig schneiden lassen zu können. Stadtr. Ghele (Str.) regt an, das Sägewerk in der Nähe eines Güterbahnhofes zu errichten. Stadtr. Schneider (Str.) stimmte der Vorlage zu. Stadtr. Fischer (Dem.) führte aus, es dürfe sich hier nur um ein Provisorium handeln. Stadtr. Frieder (USP.) widerspricht dem Vordränger. Die Stadt sollte eine dauernde Einrichtung schaffen. Stadtr. Siegmund (Spd.) tritt dieser Ansicht bei. Mit dem angebotenen Betrag ließe sich eine vorbildliche Einrichtung schaffen, mit allen zur Holzverarbeitung nötigen Maschinen. Stadtr. Eisinger (D.) stimmte der Vorlage zu. Stadtr. Baur (D.) führte aus, es sei nur ein Provisorium geplant. Man denke daran, daß wenn in 3 Jahren das vorhandene Holz aufge-

braucht sei, die Maschinen wieder auf Abbruch zu verkaufen. (Hochrufe!) — Bürgermeister Dr. Kleinschmidt bemerkt, man wolle es zunächst einmal mit einer kleinen Anlage probieren, zeige sich diese rentiert, dann könne man einen größeren Betrieb einrichten. — Hierauf wurde die Vorlage mit allen gegen zwei Stimmen angenommen.

Stromversorgung des Stadtteils Weierheim.

Stadtr. Neumann (Dem.) begrüßte die Vorlage und wünschte, daß auch andere Stadtteile jetzt mit Elektrizität versorgt werden. Stadtr. Sauter (USP.) bittet, in Bälde den Stadtteil Weierheim mit Elektrizität zu versorgen. — Die Vorlage wurde einstimmig angenommen, ebenso die folgende ohne wesentliche Debatte über den Dienstvertrag mit dem städtischen Schularzt Dr. Paul.

Auch der 4. Punkt der Tagesordnung: Erwerbung der Morgenhaushausen Lagerhalle auf dem städtischen Lagerplatz an der Schotterstraße, fand nach kurzen Bemerkungen des St. Stoll (Spd.), der an der Höhe des Preises Kritik übte, einstimmige Zustimmung.

Gewährung einer einmaligen Teuerungsbefreiung für die städtischen Arbeiter.

Bürgermeister Sauer teilte mit, daß zu dieser Vorlage ein Änderungsantrag der Zentrumsfraktion eingegangen sei, für ledige Arbeiter 344 M (statt, wie in der Vorlage vorgesehen ist, 144 M), für Verheiratete ohne Kind 448 M (statt 240 M), für Familien mit einem Kind 512 M (statt 312 M) und mit mehr Kindern 596 M (statt 396 M) zu bewilligen. Bürgermeister Sauer führte dazu aus, eine Annahme dieses Antrages würde eine Umlageerhöhung zur Folge haben und außerdem die Vorlage verzögern. — Bürgermeister Dr. Kleinschmidt: Die Vorlage des Stadtrates beantragt einen Aufwands von 400 000 M; würde dem Antrag des Zentrums stattgegeben, dann würden weitere 500 000 M benötigt. Bei dem nachträglichen Antrag kommen wir noch ohne Umlageerhöhung aus, wenn auch heute schon feststeht, daß wir auf die Dauer ohne einen mehrmaligen Nachtrag zur Umlage nicht auskommen werden.

Stadtr. Frey (Dem.): Dem Antrag des Zentrums vermag ich nicht zuzustimmen. Der Stadtratsvorstand konnte sich damit auch nicht befassen, weil er ihm nicht zugegangen ist. Ein Ding der Unmöglichkeit ist es aber, binnen fünf Minuten über eine Million neuer Losen zu beschließen. Das können wir vor der Deffektivität nicht verantworten. — Redner bittet, die Vorlage des Stadtrates wie folgt zu ergänzen: „Die einmalige Teuerungszulage soll allen vollbeschäftigten städtischen Arbeitern, die mindestens sechs Wochen bei der Stadt beschäftigt sind, zukommen. Für jede Woche kürzerer Beschäftigungszeit wird der Betrag um ein Sechstel gekürzt.“

In der Aussprache vertrat Stadtr. Fahbender (Str.) den Antrag seiner Fraktion. Gewiß müßten die Städte sparen, aber das dürfe nicht am falschen Platz geschehen. Der Staat werde übrigens demnächst seinen Arbeitern auch eine neue Beschäftigungszulage in Höhe von 1000 Mt. geben, da könne die Stadt nicht zurückbleiben. — Stadtr. Frey (Dem.): Wenn der Staat seinen Arbeitern wieder eine neue Beihilfe gibt, wird die Stadt folgen. — Nach kurzen Ausführungen der Stadtr. Nieß (USP.) und Karber (Spd.) erklärte Stadtr. Schwertel: „Die sozialdemokratische Fraktion wird dem Antrag des Zentrums zustimmen, falls er nicht wieder zurückgezogen wird. Sie lehnt aber die Verantwortung für alle Folgen ab.“

Nach einigen Darlegungen des Stadtr. Beck (Spd.) weist Bürgermeister Sauer darauf hin, daß die Vorlage des Stadtrats sich auf eine Einigung der städtischen Arbeiter mit der Stadtverwaltung gründet. Es sei nicht zu versprechen, daß jetzt ein Teil von einer Seite in diese Umarmungen getrieben werde. Die Sähe in der Vorlage sind viel zu nieder. Beträchtliche Aufwendungen können mit den neuen Teuerungsbefreiungen nicht gemacht werden.

Stadtr. Philipp: Ich muß feststellen, daß im Stadtrat und Stadtratsvorstand kein Mitglied der Zentrumsfraktion jetzt freigelegtes Herz entdeckt hat, obgleich doch diese Angelegenheit mehrmals besprochen worden ist.

Stadtr. Frey (Dem.): Meine Fraktion wird für den Antrag des Stadtrats stimmen und ferner dafür eintreten, daß der Antrag des Zentrums dem Stadtrat zur weiteren Behandlung übergeben wird. Auf diese Weise erhalten die Arbeiter alsbald ihr Geld. Im Interesse eines guten Einvernehmens unter den Rathhausparteien hätte die Zentrumsfraktion zuvor mit den übrigen Fraktionen sich ins Benehmen setzen sollen.

Stadtr. Dr. Bernauer (Str.) bittet, die Sitzung auf 10 Minuten zu vertragen, um der Zentrumsfraktion Gelegenheit zur Beratung über ihren Antrag zu geben. — Die Versammlung stimmt zu. Um 7 Uhr wurden die Beratungen wieder aufgenommen. Stadtr. Kühn (Str.) erklärte, die Zentrumsfraktion möge ihren Antrag zurück, um eine Verzögerung der Auszahlung der Teuerungsbefreiungen zu verhindern. — Nach weiteren Ausführungen mehr polemischer Natur der Stadtr. Tuba (Dem.), Eisinger (D.), Finger (Str.) und Kruse (USP.) wurde ein Antrag auf Schluß der Debatte mit Mehrheit angenommen. — Bei der Abstimmung wurde der Antrag des Stadtratsvorstandes, betr. die Umkreisung der Bezeichnung „vollbeschäftigte Arbeiter“ (siehe oben) mit Mehrheit und die gesamte Vorlage einstimmig angenommen.

Der letzte Punkt der Tagesordnung, „Errichtung weiterer Professorenstellen an den höheren Lehranstalten“, fand nach kurzer Aussprache Annahme.

Schluß der Sitzung 7.30 Uhr. (Die Verantwortung und Besprechung der kurzen, zu Beginn der Sitzung eingebrachten Anfragen, wurde auf die nächste Sitzung vertagt.)

FROSKÖNIG SPRICHT
Das Beste
behalten, alles Schädliche ablehnen. Geschönt und genährt wird das Leder durch den Schuhputz
Erdal
schwarz, gelb, braun, rotbraun
Alleinhersteller: Werner & Mertz, Mainz

Handelsteil.

Telegraphische Kurs- und Börsenberichte.

Table with columns for various commodities and their prices, including items like Bismarckdünne, Kupfer, and Zinn.

leiten mit der Entente infolge des Verhaltens der deutschen Truppen im Balkan zurückzuführen ist.

Spezialpapiere unterlagen teilweise starkem Druck. Deutsche Wäfen halten ihre anfängliche Abwärtsbewegung größtenteils wieder ein.

W.B. Frankfurt a. M., 8. Okt. (Börsenstimmungsbericht.) Die Beteiligung am Geschäft war heute wesentlich geringer.

Devisenmarkt.

Table showing exchange rates for various currencies like Gold, Dollar, and others.

Weitere Meldungen.

(-) Folgen der Aufhebung der Zwangswirtschaft. Von besonderer Seite wird uns geschrieben: Welche Folgen die Aufhebung der Zwangswirtschaft nach sich ziehen dürfte, belegt das „Sann. Tagbl.“

Die Handhabung der schweizerischen Passvorschriften. — Mannheim, 7. Okt. Von zahlreichen Industrie- und Handelsfirmen werden fortgesetzt bittere Klagen darüber erhoben, daß ihnen bei Erteilung der Einreise-Erlaubnis in die Schweiz nicht das wünschenswerte Entgegenkommen bewiesen wird.

Wie sich nunmehr herausstellte, ist für die Handhabung der schweizerischen Passvorschriften nicht das schweizerische Konsulat, sondern die eidgenössische Fremdenpolizei in Bern maßgebend.

W.B. Berlin, 8. Okt. In der Börse war zu Beginn eine starke Aufwärtsbewegung zu verzeichnen. Am Kolonialmarkt stiegen Panama um 200 Proz., Deutsche Kolonialanteile um 100 Proz., Omani um 200 Proz.

Reklamation.

Bei der heute durch die Stadtverordneten vorzunehmenden Erhebung der Stadtkasse für den 1. d. M. ist zu berücksichtigen, daß die Stadtkasse für den 1. d. M. mit dem 1. d. M. beginnt.

Dankagung.

Die Tischgesellschaft „Hörnermänner“ zum Hotel Kerkow hat mir die Summe von 1000 M. als Dank für die von mir geleistete Arbeit überreicht.

Freikorps Hacketau.

nimmt noch circa 150 Mann an. Werbestelle: „Restaurant zur Ulme“, Zirkel Nr. 28.

Trefftage.

der 8040a Mannheimer Warenbörse jeden Dienstag von 11—1 Uhr im Börsengebäude.

Das Liegenhaffs- u. Hypothekensbüro.

Lorenz Rieger, Karlsruher Str. 215, Wehr. 1898. Teleph. 857.

Motorrad-Versteigerung.

Samstag 11. d. M. nachmittags 2 Uhr, im Saal des Hotel „Zur Post“.

Schafweide.

ca. 250—300 Schafweide für 1920 im Bietungsgeld. 1000 M. an den Herren Dr. G. S. 2020 an den Herren Dr. G. S. 2020.

Schafweide.

ca. 250—300 Schafweide für 1920 im Bietungsgeld. 1000 M. an den Herren Dr. G. S. 2020 an den Herren Dr. G. S. 2020.

Schafweide.

ca. 250—300 Schafweide für 1920 im Bietungsgeld. 1000 M. an den Herren Dr. G. S. 2020 an den Herren Dr. G. S. 2020.

Offene Stellen.

Zur Stellenlose Annahme! Für eine neu einrichtende, fast neue, 2000 m² große Fabrik.

Tüchtige, Bleimesser für den Handel gesucht.

Tüchtige, Ginser u. Maurer für den Handel gesucht.

Existenz. Bietet sich einem tüchtigen, fleißigen, aktiven Mann.

Verkauf von Waren. Verkauf von Waren, die in der Fabrik hergestellt wurden.

Verkauf von Waren. Verkauf von Waren, die in der Fabrik hergestellt wurden.

Verkauf von Waren. Verkauf von Waren, die in der Fabrik hergestellt wurden.

Verkauf von Waren. Verkauf von Waren, die in der Fabrik hergestellt wurden.

Verkauf von Waren. Verkauf von Waren, die in der Fabrik hergestellt wurden.

Verkauf von Waren. Verkauf von Waren, die in der Fabrik hergestellt wurden.

Verkauf von Waren. Verkauf von Waren, die in der Fabrik hergestellt wurden.

Verkauf von Waren. Verkauf von Waren, die in der Fabrik hergestellt wurden.

Verkauf von Waren. Verkauf von Waren, die in der Fabrik hergestellt wurden.

Verkauf von Waren. Verkauf von Waren, die in der Fabrik hergestellt wurden.

Verkauf von Waren. Verkauf von Waren, die in der Fabrik hergestellt wurden.

Verkauf von Waren. Verkauf von Waren, die in der Fabrik hergestellt wurden.

Verkauf von Waren. Verkauf von Waren, die in der Fabrik hergestellt wurden.

Verkauf von Waren. Verkauf von Waren, die in der Fabrik hergestellt wurden.

Verkauf von Waren. Verkauf von Waren, die in der Fabrik hergestellt wurden.

Verkauf von Waren. Verkauf von Waren, die in der Fabrik hergestellt wurden.

Verkauf von Waren. Verkauf von Waren, die in der Fabrik hergestellt wurden.

Verk. Bilanz.

Buchhalter, für den Handel gesucht.

Gewandte Verkäuferin für den Handel gesucht.

Wohngesuch. Wohnung für 2 Personen gesucht.

